



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/VI/54

5. März 1951.

Hinweise  
auf den Inhalt:

Die Gewerkschaften sollen missbraucht werden	S.1
In Russland wurde gewählt	S.3
Der Jugendstrafvollzug ist reformbedürftig	S.4
Der "rote Pastor" gefallen	S.7

## Dilettantischer Versuch

(sp) Zum Wochenende wurde aus Bonn die Nachricht verbreitet, der Kanzler wünsche "insbesondere die Gewerkschaften in die wirtschafts- und sozialpolitische Verantwortung einzubeziehen". Sollte es Adenauer gelingen, die Billigung der Gewerkschaften für sein Wirtschaftsprogramm zu erhalten, so wäre damit "eine Art grosse Koalition ausserhalb des Parlaments" geschaffen. Schwierigkeiten stünden einem solchen Vorhaben jedoch beispielsweise dadurch im Wege, dass die Gewerkschaften für den Fall weiterer Preissteigerungen jetzt Lohnerhöhungen von ganz erheblichem Ausmass gefordert hätten und man fügt hinzu, an die Adresse der Gewerkschaften gewendet, dass eine spürbare Herabsetzung des ganzen deutschen Lebensstandards sich nicht länger vermeiden lasse.

Die Nachricht, in einer den Regierungsparteien nahestehenden norddeutschen Zeitung gross aufgemacht, ist offenbar ein Versuchsballon. Die ihm hochgehen liessen, haben in diesem Geschäft wohl noch keine grosse Erfahrung, denn allzu deutlich erkennbar ist die damit verbundene Absicht: bei den Gewerkschaften den Preis zu kassieren, den der Kanzler sich nach seiner Ansicht durch seine Tätigkeit als "ehrlicher Makler" bei der Regelung der Mitbestimmung erworben zu haben glaubt. Mit anderen Worten: die Gewerkschaften sollen in einem Augenblick, da das Gebäude Erhard'scher Wirtschaftspolitik in den Fugen kracht und die Erkenntnis, dass es so ist, weit in die Reihen der

Regierungsanhänger vorgezogen ist, mit in die Verantwortung genommen werden, um die Regierung dadurch nachträglich von ihren Fehlern in der Vergangenheit und vorbeugend für ihre zukünftigen Entscheidungen zu entlasten.

Dass man aber dabei im Grunde absolut nicht an eine Korrektur der eigenen Linie denkt, zeigt der zitierte letzte Satz von der Notwendigkeit einer spürbaren Herabsetzung des ganzen deutschen Lebensstandards, das heisst also doch wohl vor allem der rund 80% der Bevölkerung, die heute bereits durch die Preiserhöhungen der letzten Monate in der Nähe des Existenzminimums angelangt sind. War schon der Versuch, diesen Vorstoss zu unternehmen, auch insofern recht durchsichtig, als er die Ausweglosigkeit der Regierungssituation besonders treffend illustriert, so ist es geradezu unverständlich töricht, auch noch offen zu sagen, wie man die Gewerkschaften bei dieser Gelegenheit zu überfahren beabsichtigt. Und das in einem Augenblick, da die Gewerkschaften selbst in aller Form scharf gegen die Niederpreisiger Beschlüsse Front machen und sich dagegen verwahren, dass auch diese Krise auf Kosten der Arbeitenden und der Verbraucher gedeutet werden soll.

Sicher spielt auch das Bestreben eine Rolle, einen Keil zwischen die SPD und die Gewerkschaften zu treiben, deren natürlich begründetes enges Verhältnis, unbeschadet des überparteilichen Charakters der Gewerkschaften, den Männern der Regierungskoalition seit langem ein Dorn im Auge ist. Zuletzt hat sich diese nahe Verwandtschaft beider Erscheinungsformen der Arbeiterbewegung im Kampf um die Mitbestimmung bewährt, so wie dieses Neben- und Miteinander in allen Grundsatzfragen seit vielen Jahrzehnten bestanden hat. Wer glaubt, diese in Generationen gewachsene und in schwersten gemeinsam geführten sozialen Kämpfen erprobte Bindung durch solche kümmerliche Mittelchen zerreißen zu können, betreibt Politik mit einem Dilletantismus, der den Gegner im Grunde nur beruhigen kann.

Eine regierungsamtliche oder nur offiziöse Bestätigung für den eingangs erwähnten Versuch, liegt noch nicht vor. Das würde auch dem Charakter eines Versuchsballens widersprechen, der wie von ungefähr hochzugehen pflegt, um jederzeit die Möglichkeit eines Dementis offen zu lassen. Und es ist wenig interessant zu sehen, ob diese Widerrede kommt oder nicht, als zu beobachten, wie man einer bankrotten Regierung wieder auf die Füße helfen will.

In Russland gab es Wahlen  
-----

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Am 25. Februar wurden in den russischen Bundesrepubliken Estland, Weissruthenien, Ukraine, Armenien, Usbekistan und Turkmenistan die Länderparlamente gewählt. Damit haben sich im Laufe von genau einem Jahr sämtliche Volksvertretungen der UdSSR erneuert: vom Obersten Sowjet der Gesamtunion über die Obersten Sowjets der sechzehn Republiken, aus denen sich die Union zusammensetzt, bis zu den zahlreichen Sowjets, die in den Provinzen, Kreisen, Städten und Dörfern die örtlichen Angelegenheiten zu verwalten haben. Insgesamt nicht weniger als 83 590 Sowjets.

In allen drei Wahlfeldzügen standen vier Themen im Vordergrund: 1. die Vorteile des sowjetischen Systems gegenüber dem kapitalistischen, 2. der demokratische Charakter der Stalin-Verfassung, 3. die Erfolge des Sowjetregimes in Russland und 4. der Friedenswille des russischen Volkes und der russischen Regierung. Dazu kam als wichtigste Unterlage Stalins letzte öffentliche Rede vom 9. Februar 1946 (!), in der das Programm für den Wiederaufbau des Landes und das Endziel der Produktion für nicht weniger als drei Fünfjahrespläne aufgezeigt war. Stalin selbst hat im Laufe dieser Wahlfeldzüge nicht ein einziges Mal das Wort ergriffen. (Das Prawda-Interview vom 16. Februar gehört in erster Linie in den Bereich der Aussenpolitik.)

Die anderen bekannten Führer des russischen Kommunismus und die vielen tausend Wahlredner in den Provinzen, Städten und Dörfern der UdSSR stützten ihre Reden immer wieder auf die vierteljährlich herauskommenden Zwischenbilanzen des Fünfjahresplans. Die Bekanntgabe aller Endzahlen des Fünfjahresplanes bis zum 31. Dezember 1950, die in der statistischen Zentrale vorliegen, scheint jedoch der Tagung des Obersten Unionssowjets vorbehalten zu sein, die zum 6. März einberufen ist. Vor diesem Forum wurde 1946 auch der erste Nachkriegsplan proklamiert, es müsste also ein neuer Plan präsentiert werden.

Jeder der neugewählten Sowjets hat eine vierjährige Amtszeit vor sich. Der Oberste Sowjet der Gesamtunion datiert nun allerdings schon vom 12. März vorigen Jahres und hielt seine erste Session im Juni 1950 ab. Er tritt in der Regel einmal in jedem Haushaltsjahr zusammen. Dann stellt er das Gesamtbudget der UdSSR auf und teilt jeder der sechzehn Republiken den Etat zu, den sie innerhalb ihres Gebietes zu verwalten

hat. Dezentralisiert werden dabei in erster Linie soziale und kulturelle Einrichtungen behandelt, während die wichtigsten Wirtschaftssektoren - vor allem die Schwerindustrie - von Moskau direkt gesteuert werden. Bei den Wahlen zu den lokalen Sowjets handelte es sich um die Erneuerung von nicht weniger als 83.573 Provinz-, Kreis-, Stadt-, Stadtbezirks- und Dorfsowjets.

Den Abschluss dieses Wahljahres bildeten nun am 18. und 25. Februar die Wahlen zu den Obersten Sowjets der sechzehn Bundesrepubliken. Sie sollen als solche schon den föderalistischen Charakter des Sowjetstaates betonen. Denn nach der Verfassung besteht das heutige Russland aus dem freiwilligen Zusammenschluss von sechzehn Republiken, von denen jede theoretisch auch das Recht hätte, aus der Union auszuscheiden. In dieser Gemeinschaft von sechzehn Republiken besitzt aber die Russische Sozialistische Föderative Sowjet-Republik ein ganz natürliches Übergewicht. Denn sie allein umfasst drei Viertel der Fläche der UdSSR und über die Hälfte der jetzt ungefähr auf 210 bis 220 Millionen Menschen anzusetzenden Bevölkerung des Gesamtstaates. Zu ihr gehört der grössere Teil der wichtigsten Industrien, sie hat das weitaus grösste Budget, und ohne sie sind die anderen fünfzehn Republiken durch die zentral gelenkte Spezialisierung ihrer Produktionsaufgaben fast lebensunfähig.

+ + +

#### Reformbedürftiger Jugendstrafvollzug

Hh. Schon vor vierzig Jahren waren Bestrebungen im Gange, für jugendliche Rechtsbrecher eine humanere Rechtsprechung einzuführen, zumindest für Jugendliche bis zum 16. Lebensjahr. Die Bestimmungen des Strafgesetzbuches waren von Erwachsenen geschaffen worden und durchaus nicht der Mentalität Jugendlicher angepasst. Falsche Erziehung, fehlende Elternliebe und materielle Nöte sind in vielen Fällen die eigentlich Schuldigen. Natürlich muss auch der jugendliche Rechtsbrecher für eine gewisse Zeit auf seine Freiheit verzichten - eine Belehrung von Amtsseite wäre wohl erfolglos - aber dieser Freiheitsentzug sollte nicht der Gefängnisstrafe gleichgesetzt werden. Schon die Bezeichnung "Gefängnisstrafe" bedeutet eine Diffamierung. Kann es nicht besser "Erziehungshaft" oder dergleichen heissen? Durch schlechte Gesellschaft in der Haft wird nicht zuletzt die Gefahr einer weiteren Verwahrlosung heraufbeschworen. Der erzieherische Charakter der Strafe wird damit zunichte gemacht.

Man braucht nicht auf England, Schweden oder Holland hinzuweisen, wenn man Erfahrungen im modernen und vorbildlichen Jugendstrafvollzug sammeln will. Auch in Westdeutschland hat man schon den Versuch gemacht, gestrauchelte Jugendliche wieder auf den rechten Weg zu bringen ohne die übliche Einweisung in die vergitterte Gefängniszelle. Schon vor 1933 wurde auf der Insel Hanöversand, mitten in der Elbe bei Hamburg, ein Gefängnis ohne schwerbewaffnete Wachtmeister, dafür aber mit verständnisvollen Pädagogen eingerichtet, das dem Leitsatz: "Nicht strafen, sondern bessern und heilen" alle Ehre macht. Diese Insel ist von über dreihundert Jugendlichen besiedelt. Gearbeitet wird auf den Feldern, in der Schmiede oder in der Schuhmacherei und in anderen Werkstätten unter fachkundiger Leitung. Nach einer Eingewöhnungszeit werden die Jugendlichen in Baracken untergebracht, die nur nachts unter Verschluss gehalten werden. Gitter gibt es nicht. Ein natürliches Hindernis bildet die Elbe. Ausreisser sind recht selten. In der Mitte der Insel steht das "Jugenddorf". Der "Bürgermeister" als Erzieher wird selbst gewählt. Bewährt sich ein Jugendlicher, kommt er ins "Jugenddorf". Das Verlangen, ins Jugenddorf zu gelangen, ist gross.

Es kommt nicht so sehr auf den Namen des Unterbringungshauses an, wenn es auch nicht gerade Gefängnis heissen soll, als auf dessen Geist und Führung. Das Personal sollte für diese Aufgabe besonders vorgebildet und geeignet sein. Wenn dann nach der Entlassung aus der Haft der Jugendliche noch im Auffinden einer passenden Beschäftigung unterstützt wird, kann man annehmen, dass er nicht wieder mit den Gesetzen in Konflikt kommt und das sollte der Sinn des Strafvollzugs sein.

+ + +

Der "rote Pastor" gefallen

- - - - -

(sp) Die beiden evangelischen SED-Pastoren Kleinschmidt und Schwartz sind vor wenigen Tagen von der SED ihrer politischen Funktionen enthoben worden. Damit verloren sie jetzt auch ihre Kirchenämter.

Die Kirchenleitung hatte vor längerer Zeit schon diese beiden SED-Pastoren, die sich fortgesetzt weigerten, Anordnungen der Kirche zu befolgen, aus ihrem Kirchenamt entfernen wollen. Die Landesregierung Mecklenburgs hintertrieb bislang ihre Absetzung und zahlte

ihnen ihre Bezüge weiter aus.

Die SED hatte dem Schweriner Dompastor Kleinschmidt die Aufgabe gestellt, im Verein mit einem Vierteldutzend von SED-Pastoren eine evangelische Gegenkirche in der Sowjetzone zu errichten. Dieser Plan misslang und damit wurde auch Kleinschmidt für seine kommunistischen Freunde uninteressant.

Kleinschmidt war von je ein umstrittener Mann. Während der Nazi-zeit verlor er zunächst sein Kirchenamt. Er sagt, aus politischen Gründen. Seine kommunistischen Freunde verbreiteten im kleinen Kreise in Schwerin eine andere Lesart. Nach seiner Absetzung in der Nazizeit wurde Kleinschmidt Kabarettist und kam für kurze Zeit ins KZ. Schliesslich wurde er als neugebackener "Deutscher Christ" Dompastor in Schwerin. Nach dem Kriege war Kleinschmidt beliebter Gast in der Sowjetischen Militärischen Administration in Schwerin, die sich gerne solcher Leute zur Durchführung ihrer Pläne in Mecklenburg und anderswo bediente. Kleinschmidt wurde dann auch einer der eifrigsten Förderer der Sowjetisierung des politischen und kulturellen Lebens Mecklenburgs. Der sowjetische Polit-Offizier, Oberst Serebrenski, war sein grösster Freund . . .

Eines Tages wackelte Kleinschmidts Stellung bei den Russen. Flugs erhoben Mitglieder des sogenannten Kulturbundes, in dem K. eine über-ragende Rolle spielt, Anklage gegen ihn. Man sprach von Unregelmässigkeiten, zuviel berechneten Spesen, von in seiner Wohnung "abgestellten" Möbeln des Kulturbundes usw. Aber als die untersuchende Kommission des Kulturbundes zusammentrat, fiel der Hauptbelastungszeuge Öhmke, Geschäftsführer des Kulturbundes, um. Kleinschmidt wurde nach einer sehr eigenartigen Verteidigungsrede rehabilitiert und war dann wieder eifriger Gast in der SMA.

Wenig später fand eine geheime Besprechung im Kulturbundehause in Schwerin statt. In dieser Besprechung entwickelte K. Pläne, den Kulturbund als trojanisches Pferd in Westdeutschland zu benutzen. Kleinschmidt ist seitdem wiederholt in den Westgebieten gewesen. Seit einiger Zeit indes soll er ein Ausreiseverbot aus der Sowjetzone erhalten haben.

Hat nun Kleinschmidt wirklich die "seidene Schnur" wegen seines nach Ansicht seiner Auftraggeber, völligen politischen Versagens erhalten? Oder soll er etwa, in dieser Weise getarnt, neue Aufgaben bei der für die nächste Zeit geplanten Neuorganisation des sowjethörigen sogenannten Kulturbundes in der Bundesrepublik übernehmen?! -o-

Nachrichten aus der Ostzone:Leipzig bekommt eine "Volksuniversität"

sp. Die Universität Leipzig wird in raschem Tempo zu einer "Volksuniversität" umgebildet, wobei alle "verdächtigen" Professoren ausgeschaltet werden. Die bereits vor Weihnachten fälligen Studentenratswahlen haben noch nicht stattgefunden. Für die Studenten sämtlicher Fakultäten wurden vom Volksbildungsministerium Pflichtvorlesungen und Prüfungen in Gesellschaftswissenschaften und politischer Ökonomie angeordnet, die in den beiden ersten Semestern stattfinden und über das weitere Studium der Betreffenden entscheiden. Für alle Studenten wurde eine verstärkte Überwachung durch die Studiengruppen angeordnet. Unentschuldigtes Fehlen hat namentliche Nennung am Schwarzen Brett zur Folge und wirkt sich selbstverständlich in der Beurteilung für die Stipendien durch die FDJ- und SED-Studiengruppen aus.

+ + +

Drei "Nachrichten"-Stützpunkte

sp. Die amtliche Nachrichtenagentur der Ostzone, der "Allgemeine Deutsche Nachrichtendienst" (ADN), hat auf Anweisung des Amtes für Informationen in Westdeutschland drei Hauptstützpunkte eingerichtet. Für das Rheinland, das Ruhrgebiet und den westlichen Teil Niedersachsens ist der kommunistische Journalist Gerst (Bonn) zuständig, für Süddeutschland Gloning (Stuttgart) und für Nordwestdeutschland Burmeister (Hamburg). Meldungen für die Ostberliner Zentrale laufen nur noch über die "Hauptstützpunkte". ADN-Korrespondenten in Westdeutschland stehen insgesamt rund 8.000 Westmark zur Verfügung, die sich etwa wie folgt verteilen: Gerst 3.500 DM, Burmeister 2.500 DM, Gloning 2.000 DM.

+ - +

Privat-Leihbibliotheken unerwünscht

sp. Der "Sächsischen Zeitung" (SED Land Sachsen) entnehmen wir u.a.: "Die privaten Leihbibliotheken sind eine Angelegenheit, mit der man sich sehr eingehend beschäftigen sollte. Millionen werden bei uns zur Hebung der Volksbildung ausgegeben - und ein beträchtlicher Teil dieser Leihbüchereien, die zu einem hohen Prozentsatz wertlose, oft sogar verderbliche Literatur ausleihen, können diese kulturellen Investitionen zunichte machen.

Die Gesamtausleihziffer der privaten Leihbüchereien ist dreimal so hoch wie die der öffentlichen Bibliotheken. 55 Prozent aller Leser der Leihbibliotheken sind Frauen. Bücher aber, die die Köpfe der Leser einnebeln mit weltfremdem, verlogenen und unrealistischem Gedankenschwulst, hemmen die Entwicklung unseres gesellschaftlichen Lebens

+ + +

Gegenwartskunde wichtiger als Handarbeitsunterricht

sp. "Liebe Schüler", schreibt die SED-Zeitung "Freiheit" (Halle), "ihr werdet in euren Schulen gehört haben, dass der Handarbeitsunterricht ausfällt und dafür Gegenwartskunde eintritt. Ihr müsst verstehen, dass Gegenwartskunde weit wichtiger ist, da wir noch beim Aufbau unserer jungen DDR sind. Wenn ihr euch einmal tiefere Gedanken darüber macht, muss es euch doch selbstverständlich sein, dass Gegenwartskunde besser angebracht ist".

-----  
Verantwortlich: i.V. Josef Schmidt